

Modulprüfung aus Finanzrecht am 24.6.2022

Teil 1 – Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umgründungssteuerrecht [25 P]

1. Einkommensteuer [6 P]

- a) Anton betreibt eine Karosseriewerkstatt. In den Jahren 2014 bis 2017 erzielte er jeweils Umsätze iHv EUR 750.000, im Jahr 2018 EUR 680.000, im Jahr 2019 EUR 655.000 und in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund der Wirtschaftskrise EUR 600.000. Wie muss Anton in den Jahren 2014 bis 2021 seinen Gewinn ermitteln? Begründen Sie Ihre Lösung. [4]

Anton erzielt aus der Karosseriewerkstatt Einkünfte aus Gewerbebetrieb gem § 23 EStG. [0,5]

Umsatzabhängig besteht Rechnungslegungspflicht bei einem Umsatz von mehr als EUR 700.000 im Geschäftsjahr. [0,5] In den Jahren 2014 bis 2017 erzielt Anton im Geschäftsjahr Umsätze iHv jeweils EUR 750.000. Die umsatzabhängige Rechnungslegungspflicht tritt allerdings erst dann ein, wenn der Schwellenwert von EUR 700.000 zwei Mal hintereinander überschritten wird und ein Pufferjahr abgelaufen ist. [0,5]

2014 bis 2016: Anton ist Einnahmen-Ausgabenrechner gem § 4 Abs 3 EStG. [0,5]

2017: Anton hat seinen Gewinn gem § 5 EStG zu ermitteln. [0,5]

2018 und 2019: Anton bleibt § 5 Ermittler. [0,5]

Wird die Umsatzschwelle zwei Mal hintereinander nicht überschritten, entfällt die Rechnungslegungspflicht. [0,5]

2020 und 2021: Anton ist Einnahmen-Ausgabenrechner gem § 4 Abs 3 EStG, bei Unterschreiten der Umsatzschwelle kommt kein Pufferjahr zur Anwendung. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 20, 49/1]

- b) Anton beschäftigt seine neue Lebensgefährtin Amelie als Buchhalterin in seiner Karosseriewerkstatt. Da Anton ihr einen gehobenen Lebensstandard ermöglichen möchte, bezahlt er Amelie für 20 Stunden/Woche ein monatliches Entgelt iHv EUR 4.000. Amelies Arbeitskollegin erhält für die laut Dienstvertrag gleiche Beschäftigung mit demselben Stundenausmaß lediglich ein Gehalt von EUR 1.200. Wie ist die Leistungsbeziehung zwischen Anton und Amelie zu beurteilen? Welche Folgen ergeben sich daraus? [2]

Verträge zwischen nahen Angehörigen werden nur dann steuerlich anerkannt, wenn sie betrieblich veranlasst sind, also soweit das Entgelt angemessen ist. [0,5] Amelie gilt als nahe Angehörige des Anton, da sie seine Lebensgefährtin ist. [0,5] Damit der Dienstvertrag anerkannt wird, muss er dem Fremdvergleich standhalten, nach außen ausreichend zum Ausdruck kommen und einen eindeutigen Inhalt haben. [0,5] Hier scheitert bereits der Fremdvergleich, da Amelies Arbeitskollegin weitaus weniger verdient, weswegen nur die fremdüblichen Zahlungen iHv EUR 1.200 als Betriebsausgaben anerkannt werden. [0,5]

In Höhe des unangemessenen Teiles würde eine Entnahme vorliegen. [+ 0,5 ZP]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 45]

2. Einkommensteuer [6 P]

- a) Die Tierärztin Luisa (§ 4 Abs 1 Gewinnermittlung) erwirtschaftet im Jahr 2022 einen Gewinn iHv EUR 220.000 und einen Umsatz iHv EUR 350.000. Luisa tätigt in diesem Jahr folgende

Investitionen: eine gebrauchte Röntgenmaschine um EUR 5.000 und eine neue Praxis (bestehend aus Grund und Boden EUR 75.000 und Gebäude EUR 15.000). Luisa möchte den Gewinnfreibetrag im Höchstausmaß geltend machen. Berechnen Sie den steuerpflichtigen Gewinn von Luisa und begründen Sie Ihre Lösung. [5]

Als Tierärztin erzielt Luisa Einkünfte aus selbständiger Arbeit gem § 22 Z 1 lit b EStG. [0,5]

Der Gewinnfreibetrag bemisst sich nach der Höhe des Gewinns (EUR 220.000) und beträgt 15% fallend. [0,5] Der Gewinnfreibetrag beträgt 15% für die ersten EUR 30.000, für die nächsten EUR 145.000 13% und für die nächsten EUR 175.000 7%. Daher besteht ein maximal auszuschöpfender Gewinnfreibetrag iHv EUR 26.500 (4.500 + 18.850 + 3.150). [0,5]

Als Grundfreibetrag stehen ohne weitere Investitionen EUR 4.500 (15% von 30.000) zu. [0,5]

Der investitionsbedingte Freibetrag iHv EUR 22.000 (26.500 – 4.500) muss durch entsprechende Investitionen gedeckt sein. [0,5]

Gebrauchte Röntgenmaschine: Für die gebrauchte Röntgenmaschine kann als gebrauchtes Wirtschaftsgut iSd § 10 Abs 4 EStG der investitionsbedingte Gewinnfreibetrag nicht gewinnmindernd geltend gemacht werden. [0,5]

Praxis: Das Gebäude ist eine berücksichtigungsfähige Investition iHv EUR 15.000 (§ 10 Abs 3 EStG). [0,5] Nicht hingegen Grund und Boden, weil es sich hierbei um kein abnutzbares Wirtschaftsgut handelt. [0,5]

Der investitionsbedingte Gewinnfreibetrag beträgt daher EUR 15.000 und der gesamte Gewinnfreibetrag EUR 19.500. [0,5]

Der steuerpflichtige Gewinn beträgt nach Abzug des Gewinnfreibetrages EUR 200.500. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 19, 114, 115]

- b) Die Rechtsanwältin Herta (Gewinnermittlung § 4 Abs 1) hat vergessen Rückstellungen für Abfertigungen aus den Dienstverhältnissen der Mitarbeiter ihrer Kanzlei zu bilden. Im Rahmen der Außenprüfung will sie dies nachholen. Muss/kann Herta die Rückstellungsbildung nachholen? [1]

Es liegt eine Bilanzänderung vor, weil ein richtiger Bilanzansatz durch einen anderen richtigen Bilanzansatz ersetzt werden soll. [0,5] Da Herta als § 4 Abs 1 Gewinnermittlerin ein Wahlrecht bezüglich der Rückstellungsbildung hat, ist eine Bilanzänderung nur zulässig, wenn sie wirtschaftlich begründet ist. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 68, 101, 102]

3. Einkommensteuer [1,5 P]

Elias erwirbt am 1. April 2022 eine Eigentumswohnung und erzielt seitdem daraus Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung gem § 28 EStG. Sein Steuerberater Herr Mag. Schmidt weist ihn auf die beschleunigte AfA hin. Was ist unter der beschleunigten AfA zu verstehen? [1,5]

Grundsätzlich beträgt die AfA bei Gebäuden 2,5% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, bei Mietwohngebäuden 1,5%. [0,5] In den ersten beiden Jahren der Anschaffung besteht allerdings eine erhöhte (beschleunigte) Gebäudeabschreibung: [0,5] Im ersten Jahr das Dreifache und im zweiten Jahr das Zweifache der Normalabschreibung (§ 8 Abs 1a, § 16 Abs 1 Z 8 lit e EStG). [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 108]

4. Einkommensteuer [4 P]

Teresa ist als Friseurin angestellt und bezog im Jahr 2021 Einkünfte iHv EUR 20.000 pro Jahr. Aufgrund der starken Unwetter in diesem Jahr entstand bei Teresa ein Schaden an ihrem Haus

iHv EUR 2.500 (hauptsächlich aufgrund des in das Haus eingedrungenen Hochwassers; nicht von der Versicherung gedeckt). Aus diesem Grund hat Teresa einen Steuerberater aufgesucht und sich bezüglich der Abzugsfähigkeit der Unwetterschäden beraten lassen (Steuerberatungskosten: EUR 350). Wie hoch ist Teresas Steuerschuld? Begründen Sie Ihre Antwort. [4]

Als angestellte Friseurin erzielt Teresa Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gem § 25 Z 1 EStG. [0,5]

Für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage müssen von den Einkünften in einem ersten Schritt ua Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden. [0,5] Bei den Unwetterschäden handelt es sich um eine außergewöhnliche Belastung gem § 34 EStG, weil sie außergewöhnlich ist, zwangsläufig erwachsen ist und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Teresa wesentlich beeinträchtigt. [0,5] Bei Katastrophenschäden besteht kein Selbstbehalt. [0,5] Die Steuerberatungskosten stellen Sonderausgaben gem § 18 Abs 1 Z 6 EStG dar. [0,5] Nach Abzug der Sonderausgaben und der außergewöhnlichen Belastung beträgt Teresas Einkommen EUR 17.150. [0,5] In einem nächsten Schritt ist auf das Einkommen der ESt-Tarif anzuwenden, wobei die ersten EUR 11.000 steuerfrei sind. [0,5] Die darüberhinausgehenden EUR 6.150 unterliegen einem Steuersatz von 20% und die Steuerschuld beträgt EUR 1.230. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 23, 142, 151, 154, 161]

5. Körperschaftsteuer [4,5 P]

Tom und Jerry sind zu je 50% an der KatzundMaus-GmbH beteiligt. Beurteilen Sie folgende Sachverhalte aus körperschaftsteuerrechtlicher Sicht und begründen Sie Ihre Lösungen.

- a) Der Gesellschafter Tom überträgt der KatzundMaus-GmbH unentgeltlich einen PKW im Wert von EUR 20.000. [2,5]

Die unentgeltliche Zuwendung des PKW stellt eine Vermögenszuwendung des Gesellschafters Tom an die Gesellschaft dar. [0,5] Einlagen der Gesellschafter bleiben bei der Ermittlung des Einkommens der Gesellschaft außer Ansatz (§ 8 Abs 1 KStG). Dies gilt auch für verdeckte Einlagen. [0,5] Es handelt sich dabei um Vermögenszuwendungen des Gesellschafters an die Gesellschaft, die alleine durch das Gesellschaftsverhältnis (societatis causa) veranlasst sind (Spiegelbild der verdeckten Ausschüttung). [0,5] Für die Frage nach dem Vorliegen der gesellschaftsrechtlichen Veranlassung ist der Fremdvergleich entscheidend. Ein Dritter hätte im vorliegenden Fall der GmbH den PKW nicht unentgeltlich zugewendet, weshalb die gesellschaftsrechtliche Veranlassung und damit eine verdeckte Einlage im vorliegenden Fall zu bejahen sind. [0,5] Der Gewinn der Gesellschaft erhöht sich nicht, vielmehr erhöhen sich nachträglich die Anschaffungskosten der Beteiligung. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 210]

- b) Der Gesellschafter-Geschäftsführer Jerry erhält für seine Geschäftsführertätigkeit jährlich EUR 155.000 (angemessen wären EUR 45.000). [2]

Es handelt sich um eine verdeckte Ausschüttung, weil die KatzundMaus-GmbH Jerry ohne Gewinnverteilungsbeschluss einen Vermögensvorteil gewährt, der nach außen nicht unmittelbar als Einkommensverteilung erkennbar ist. [0,5] Diese Begünstigung hat ihre Wurzel in der Gesellschafterstellung von Jerry (societatis causa). [0,5] Für die Angemessenheit des Entgelts ist der Fremdvergleich maßgeblich. In diesem Fall liegt das Entgelt klar über einem fremdüblichen Entgelt. [0,5] Der fremdunübliche Teil iHv EUR 110.000 ist als verdeckte Ausschüttung dem Gewinn hinzuzurechnen. Bei der Gesellschaft sind nur EUR 45.000 als Betriebsausgaben anzuerkennen. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 209]

6. Körperschaftsteuer [2 P]

Die niederösterreichische Gemeinde Alland hält Beteiligungen an mehreren GmbHs. Aus diesen Beteiligungen erwirtschaftet sie jährliche Dividenden. Unterliegt die Gemeinde Alland damit der Körperschaftsteuer? [2]

Bei der Gemeinde Alland handelt es sich um eine Körperschaft öffentlichen Rechts (KöR) und als solche ist sie grundsätzlich von der Körperschaftsteuer befreit. [0,5] Allerdings unterliegen auch KöR mit gewissen Kapitaleinkünften der sog beschränkten Steuerpflicht der zweiten Art (§ 21 Abs 2 KStG). [0,5] Gem § 21 Abs 2 Z 1 KStG sind Beteiligungserträge iSd § 10 KStG jedoch davon ausgenommen. [0,5] Bei Dividenden handelt es sich um Gewinnanteile jeder Art auf Grund einer Beteiligung an inländischen Kapitalgesellschaften iSd § 10 KStG, weshalb die Gemeinde Alland mit diesen Einkünften nicht der Körperschaftsteuer unterliegt. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 205, 211]

7. Umgründungssteuerrecht [1 P]

Johnny und Amber sind zu je 50% an einer Film-OG (ein Produktions- und ein Vermarktungsbetrieb) beteiligt. Da sich die beiden zerstritten haben, möchten sie ab sofort getrennte Wege gehen. Dies soll möglichst steuerschonend geschehen. Welche Möglichkeit besteht nach dem Umgründungssteuergesetz? [1]

Es besteht die Möglichkeit der Realteilung nach Art V UmgrStG. [0,5] Diese ist gegeben, weil eine Personengesellschaft das Gesellschaftsvermögen in Form von Betrieben auf ihre Gesellschafter aufteilt. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 265]

Teil 2 – Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer, Gebühren, Verfahrensrecht, Finanzstrafrecht [25 P]**1. Umsatzsteuer [7,5 P]**

- a) Der in Wien ansässige Rechtsanwalt Mario berät den in Serbien ansässigen Restaurantbetreiber Michael sowie die in der Schweiz ansässige Luise (Nichtunternehmerin) in juristischen Fragen. Beurteilen Sie den Sachverhalt aus umsatzsteuerrechtlicher Sicht! [3]

Michael: Bei der juristischen Beratung handelt es sich um eine sonstige Leistung iSd § 3a Abs 1 UStG. [0,5] Für diese gilt bei B2B-Geschäften (Michael ist Unternehmer) das Bestimmungslandprinzip, die Leistung ist am Empfängerort steuerbar, also in Serbien (§ 3a Abs 6 UStG). [0,5]

Luise: Nach der Grundregel des § 3a Abs 7 UStG würde bei B2C-Geschäften (Luise ist Nichtunternehmerin) grds das Ursprungslandprinzip gelten. [0,5] Da es sich bei der rechtlichen Beratung aber um eine in § 3a Abs 14 aufgezählte Katalogleistung handelt [0,5], die an eine Nichtunternehmerin in einem Drittland (Schweiz) erbracht wird [0,5], ist die Leistung am Empfängerort in der Schweiz steuerbar. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 316, 318, 322]

- b) Die in Wien tätige Grafikdesignerin Margret (Kleinunternehmerin) besucht in Berlin eine IT-Messe. Dort erwirbt sie technisches Equipment im Wert von EUR 12.000. Beurteilen Sie den Sachverhalt aus umsatzsteuerrechtlicher Sicht! [1,5]

Margret ist Kleinunternehmerin und daher Schwellenerwerberin (Art 1 Abs 4ff BMR). [0,5] Sie überschreitet mit ihren Umsätzen die Erwerbsschwelle von EUR 11.000, es handelt sich daher um einen ig Erwerb. [0,5] Dieser ist nach dem Bestimmungslandprinzip in Österreich steuerbar. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 356, 358]

- c) Der österreichische Handelsvertreter Oliver vermittelt im Auftrag des französischen Unternehmers Ulrich die Programmierung einer Software durch den österreichischen selbstständigen Informatiker Toni. Dieser programmiert die Software ausschließlich in Österreich. Beurteilen Sie den Sachverhalt aus umsatzsteuerrechtlicher Sicht! [3]

Es liegen zwei verschiedene B2B-Umsätze vor:

Die Vermittlungsleistung durch Oliver stellt eine sonstige Leistung dar. [0,5] Da sie an einen Unternehmer (Ulrich) erbracht wird, gilt das Bestimmungslandprinzip (§ 3a Abs 6 UStG) [0,5], der Leistungsort ist daher Frankreich und die Vermittlung ist dort steuerbar. [0,5]

Bei der Programmierung eigens angefertigter Software handelt es sich um eine sonstige Leistung im B2B-Bereich. [0,5] Wiederum wird sie an einen Unternehmer erbracht und das Bestimmungslandprinzip gem § 3a Abs 6 UStG ist anwendbar. [0,5] Die Leistung ist daher in Frankreich steuerbar. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 316, 318, 319]

2. Umsatzsteuer [5,5 P]

- a) Der Steuerberater Walter kauft im Mai 2017 ein Haus, das Teil seines Anlagevermögens wird und seinem Unternehmen zugeordnet ist. 50% nutzt er privat. Die Vorsteuern betragen insgesamt EUR 100.000. Im Jahr 2022 verkauft er das Haus. In welchem Ausmaß steht Walter im Jahr 2017 der Vorsteuerabzug zu? Welche umsatzsteuerrechtlichen Konsequenzen hat der Verkauf des Hauses im Jahr 2022? [4,5]

Der Vorsteuerabzug steht dem Leistungsempfänger nur zu, wenn Leistungen für Zwecke seines Unternehmens erbracht worden sind (§ 12 Abs 1 Z 1 UStG). [0,5] Bei gemischt genutzten Gebäuden entfällt für den privat genutzten Teil der Vorsteuerabzug (§ 12 Abs 3 Z 4 UStG) [0,5], weshalb Walter auch nur einen Vorsteuerabzug iHv EUR 50.000 geltend machen kann. [0,5] Die Veräußerung des Grundstücks ist steuerfrei (§ 6 Abs 1 Z 9 lit a UStG) [0,5], bedeutet aber zugleich eine Änderung der für

den Vorsteuerabzug maßgeblichen Verhältnisse. [0,5] Walter muss den Vorsteuerabzug anteilmäßig rückgängig machen (§ 12 Abs 10 UStG; Berichtigung des Vorsteuerabzugs). [0,5] Bei Grundstücken beträgt der Berichtigungszeitraum 19 Jahre nach dem Jahr der erstmaligen Verwendung [0,5], jedes Jahr wird ein Zwanzigstel berichtigt. Der Vorsteuerabzug ist daher zu 15/20 (EUR 37.500) rückgängig zu machen [0,5], oder Walter nutzt die Option zur Steuerpflicht gem § 6 Abs 2 UStG. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 335, 342f]

- b) Katrin ist Antiquitätenhändlerin und hat vor zwei Jahren eine wertvolle Vase um EUR 5.000 von privater Seite erworben. Nun verkauft sie diese um EUR 6.200 an eine Kundin in ihrem Laden. Berechnen Sie die USt! [1]

Hier kann gem § 24 UStG die Differenzbesteuerung angewandt werden, wobei die Bemessungsgrundlage für die USt der Unterschiedsbetrag zwischen dem Verkaufspreis und dem Einkaufspreis ist. [0,5] Die USt beträgt daher EUR 200 ($1.200/1,2 = 1.000$; $1.000 \times 0,2 = 200$). [0,5] Die Umsatzsteuer gehört nicht zur Bemessungsgrundlage und ist daher aus der Differenz herauszurechnen.

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 329]

3. Grunderwerbsteuer und Gebühren [5,5 P]

- a) Anton und Berta sind je zu 48% an einer grundstücksbesitzenden Immo-OG beteiligt, Corina hält einen Anteil iHv 4%. Im Jahr 2019 verkauft Anton seinen Anteil an Xaver, im Jahr 2020 verkauft Berta ihren Anteil an Yasmin. Im Jahr 2022 verkauft Corina ihren Anteil an Zac. Beurteilen Sie den Sachverhalt aus grunderwerbsteuerrechtlicher Sicht! [2,5]

In Betracht kommt eine Grunderwerbsteuerpflicht aufgrund eines Gesellschafterwechsels gem § 1 Abs 2a GrEStG. [0,5] Dazu müssen innerhalb von 5 Jahren mindestens 95% der Anteile am Gesellschaftsvermögen auf neue Gesellschafter übergehen. [0,5] Im Jahr 2019 hat Anton 48% der Anteile übertragen, im Jahr 2020 Berta weitere 48%, wodurch insgesamt 96% der Anteile übertragen wurden. [0,5] Mit der Anteilsübertragung im Jahr 2020 durch Berta wird der Tatbestand des § 1 Abs 2a GrEStG erfüllt, weil innerhalb der fünfjährigen Frist mindestens 95% der Anteile auf neue Gesellschafter übertragen wurden. [0,5] Der Verkauf der Anteile an Zac im Jahr 2022 ist daher für die GrESt-Pflicht in diesem Fall unbeachtlich. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 463]

- b) Variante zu a): Würde sich etwas ändern, wenn Anton seinen Anteil bereits im Jahr 2015 an Xaver verkauft? [1]

In diesem Fall ändert sich der Gesellschafterbestand nicht ausreichend innerhalb von fünf Jahren [0,5], weshalb keine GrESt-Pflicht entsteht. [0,5] [Alternativ: Es kommt darauf an, zu welchem Zeitpunkt im Jahr 2015 und 2020 verkauft wird, je nachdem sind 5 Jahre vergangen und es entsteht eine GrESt-Pflicht. [1]]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 463]

- c) Anna und John befinden sich seit Jahren in einem langwierigen Scheidungsprozess. Schließlich einigen sie sich außergerichtlich und John verpflichtet sich in einer Scheidungsfolgenvereinbarung zu einer einmaligen Unterhaltszahlung iHv EUR 500.000. Beurteilen Sie den Fall aus gebührenrechtlicher Sicht und begründen Sie Ihre Lösung! [2]

Es handelt sich bei der Scheidungsfolgenvereinbarung um einen außergerichtlichen Vergleich, der gem § 33 TP 20 GebG gebührenpflichtig ist. [0,5] Da es sich um einen Vergleich über eine anhängige Rechtsstreitigkeit handelt, beträgt die Vergleichsgebühr 1% [0,5]. Die Bemessungsgrundlage ist der verglichene Betrag (EUR 500.000) [0,5], die Rechtsgeschäftsgebühr beträgt daher EUR 5.000 ($500.000 \times 0,01$). [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 512]

4. Verfahrensrecht [4,5 P]

- a) Der Unternehmer Otto erhielt im Mai 2017 einen Abgabenbescheid. Ottos kürzlich eingestellter Assistent war damals mit seiner neuen Tätigkeit überfordert und übersah den Bescheid, wodurch Otto die Abgabe niemals entrichtete. Das zuständige Finanzamt ist chronisch überlastet, weshalb der Sachverhalt dort erst im Juni 2022 wieder bearbeitet wird. Muss Otto die Abgabe zu diesem Zeitpunkt noch entrichten? [2,5]

Zu prüfen ist, ob das Recht der Behörde, eine bereits festgesetzte Abgabe einzuheben, verjährt ist (Einhebungsverjährung; § 238 BAO). [0,5] Die Einhebungsverjährung beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Abgabe fällig geworden ist und beträgt fünf Jahre. [0,5] Da die Fälligkeit der Abgabe gem § 210 BAO einen Monat nach Bescheiderlassung eintritt (also Juni 2017) [0,5], begann die Frist für die Einhebungsverjährung mit Ablauf des Jahres 2017 zu laufen. [0,5] Daher verjährt das Recht die Abgabe einzuheben erst mit Ablauf des Jahres 2022 und Otto hat die Abgabe zu entrichten. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 568, 571]

- b) Christian steckt in finanziellen Schwierigkeiten, weshalb ihm sein (getrennt lebender) wohlhabender Freund Max im Jahr 2019 EUR 10.000 schenkt. Als Christian im Jahr 2022 außerdem seine Arbeit verliert, schenkt Max ihm zur Aufheiterung ein Auto (Wert: EUR 20.000). Beurteilen Sie den Fall aus verfahrensrechtlicher Sicht! Welche abgabenrechtlichen Pflichten treffen Christian und Max und in welchem Zeitraum? [2]

Anzeigepflichtig sind sowohl Schenkungen von Bargeld, also auch von beweglichen körperlichen Gegenständen wie einem Auto (§ 121a Abs 1 BAO). [0,5] Es besteht keine Ausnahme von der Anzeigepflicht, weil Max Christian mehr als EUR 15.000 innerhalb von 5 Jahren geschenkt hat und sie keine Angehörigen iSd § 25 BAO sind. [0,5] Die Anzeige ist daher innerhalb von 3 Monaten ab dem Erwerb, mit dem die maßgebliche Betragsgrenze (EUR 15.000) überschritten wurde, zu erstatten (§ 121a Abs 4 BAO). [0,5] In diesem Fall also innerhalb von 3 Monaten nach der Schenkung des Autos. [0,5]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 564/1]

5. Finanzstrafrecht [2 P]

Die Unternehmerin Klara behauptet in ihrer Steuererklärung, wider besseren Wissens, ihre Urlaubsreise nach Thailand sei eine Dienstreise gewesen und macht die Kosten (EUR 5.000) dafür als Betriebsausgabe geltend. Der Bescheid wird entsprechend erlassen. Welches finanzstrafrechtliche Delikt liegt vor und wer ist dafür zuständig? [2]

Es handelt sich um eine Abgabenhinterziehung gem § 33 FinStrG [0,5], weil Klara vorsätzlich unter Verletzung ihrer abgabenrechtlichen Anzeige-, Offenlegungs- bzw. Wahrheitspflicht eine Abgabeverkürzung (Abgabe zu Unrecht zu niedrig festgesetzt) bewirkt hat. [0,5] Eine Gerichtszuständigkeit liegt nicht vor, weil der strafbestimmende Wertbetrag EUR 100.000 nicht übersteigt. [0,5] Folglich ist die Finanzstrafbehörde zuständig (§ 53 Abs 6 FinStrG). [0,5] Finanzstrafbehörde ist, weil es sich um kein Finanzvergehen im Bereich der Zollverwaltung handelt, das Amt für Betrugsbekämpfung (§ 58 Abs 1 lit b FinStrG). [+ 0,5 ZP]

[Doralt, Steuerrecht 2022 Tz 599, 603ff]